

wie Familien reagieren, wenn eines ihrer Mitglieder nach Syrien aufbricht, um sich den Islamischen Staat anzuschließen.

Durch eine Analyse von Medienquellen konnten die beiden Forscher Äußerungen aus dem Familienkreis von 46 Dschihadreisenden zusammentragen. In den meisten Fällen kommen die Eltern junger Dschihadisten zu Wort. In einigen Fällen handelt es sich auch um Geschwister, die Großmutter oder andere Verwandte. Die betroffenen Familien kommen aus insgesamt 17 Ländern. Die Aussagen erfolgten in den vergangenen zwei Jahren und wurden zumeist im Rahmen von Interviews getätigt.

Die Auswertung zeigt, dass die Reaktionen der Familienmitglieder nicht nur sehr ähnlich ausfallen, sondern auch durchweg negativ konnotiert sind. Verständnis oder gar Zustimmung für die Teilnahme am Dschihad wurde von keinem Familienmitglied geäußert. Vielmehr regierten die Angehörigen mit einer Mischung aus „Trauer, Fassungsllosigkeit, Wut und Schamgefühl“. Dominierend war jedoch das Gefühl einer tief empfundenen Trauer. Die Entscheidung der Tochter, des Sohnes, Enkels oder Cousins, sich dem Islamischen Staat anzuschließen, wurde in den meisten Fällen als schmerzhafter Verlust einer geliebten Person empfunden.

Auch wenn die Autoren hierzu keine weiteren Ausführungen machen, so lässt die Studie den Rückschluss zu, dass dschihadistische Radikalisierung kein Familienphänomen ist, sondern hauptsächlich außerhalb der Familie stattfindet. Dies steht im Gegensatz zu terroristischen Gruppierungen aus dem ethnisch-nationalistischen Spektrum, wie der IRA, die häufig von einer deutlich breiteren Unterstützung innerhalb der Bevölkerung profitierten. Hier war es nicht ungewöhnlich, dass einzelne Familien mehrere Kämpfergenerationen hervorbrachten.

Basierend auf ihren Ergebnissen empfehlen die Autoren kurz und knapp, betroffene Familien besser zu unterstützen. Zudem sollten Familien stärker in eine Radikalisierungsprävention eingebunden werden. Damit stärken sie eine wichtige Grundannahme aus der praktischen Deradikalisierungsarbeit. Hier erfüllen Familienmitglieder eine Kernfunktion, weil sie den Betroffenen sehr nahe stehen, und Verwandte werden gezielt in die Präventionsarbeit eingebunden, um die Radikalisierung von jungen Muslimen zu stoppen.<sup>2</sup>

Kritisch anzumerken ist allerdings, dass die Studie auf einer sehr kleinen Stichprobe aufbaut und deshalb, wie die Autoren eingestehen, ihre Aussagekraft begrenzt bleibt.

<sup>2</sup> Musharbash, Yassin: Die dem Terror trotz. Die Zeit, 23.12.2015, [http://www.zeit.de/2015/52/islamismus-islamischer-staat-rakka-beratung-angehoerige/komplettansicht], überprüft am 03.11.2016.

Zudem haben die Autoren die Interviews nicht selbst geführt, sondern die Antworten aus Medienquellen zitiert. Die Interviewsituation sowie die gestellten Fragen sind dadurch nicht nachvollziehbar. Die Methodik wird zusätzliche durch die logische Annahme in Frage gestellt, dass potentielle Dschihadunterstützer sich kaum in Interviews öffentlich äußern oder zumindest ihre wahren Ansichten verbergen würden, um sich nicht selbst strafrechtlich zu belasten. Auch wenn die Aussage, dass Familien die Ausreise eines Verwandten in den Dschihad ablehnen, in ihrer Tendenz grundsätzlich richtig erscheint, trifft dies gleichwohl nicht immer zu. Es gab sie durchaus, die Einzelfälle, in denen Verwandte sich gemeinsam radikalisierten und in den Dschihad reisten oder von Familienmitgliedern aus der Heimat unterstützt wurden.<sup>3</sup>

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Studie ein guter Richtungsschuss ist, der Komplexität des Sachverhalts allerdings nicht gerecht wird. Um die Auswirkungen und Wechselwirkungen zwischen Radikalisierung und Familie besser verstehen zu können, bedarf es weitere Forschung, die gezielt Daten erhebt, auf größeren Stichproben aufbaut und die bestehenden Erfahrungen aus der Deradikalisierungsarbeit einbezieht.

<http://icsr.info/wp-content/uploads/2016/04/ICSR-Report-Pain-Confusion-Anger-and-Shame-The-Stories-of-Islamic-State-Families1.pdf>

**Christopher Paul and Colin P. Clarke:** Counterinsurgency Scorecard Update: Afghanistan in Early 2015 Relative to Insurgencies Since World War II. Santa Monica, Calif.: RAND Corporation, 2015.

Besprochen von **Dr. Frank Sauer:** Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Universität der Bundeswehr, München

DOI 10.1515/sirius-2017-0012

Die Studie setzt die Berichterstattung der RAND Corporation zur Lage in Afghanistan aus den Jahren 2011 und 2013 fort. Sie basiert im Kern auf einer mit der Delphi Methode erhobenen Expertenbefragung und komplettiert die *RAND Scorecard* – die Bewertungsliste – für die Aufstandsbekämpfung am Hindukusch. Auf der dem Bericht zu Grunde

<sup>3</sup> Ehrhardt, Christoph und Wehner, Markus: Bis das der Tod sie scheidet. FAZ, 10.03.2014, [http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/deutsche-dschihadisten-bis-dass-der-tod-sie-scheidet-12838855-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex\_2] überprüft am 03.11.2016; Twickel, Christoph: Bye, bye Dschihad. Zeit Online, 06.10.2016, [http://www.zeit.de/2016/39/radikalisierung-familie-hasspredigerkrieg-widerstand/komplettansicht], überprüft am 10.11.2016.

gelegten, aus 71 historischen Vergleichsfällen entwickelten Skalierung von -11 bis +15 schneidet die Aufstandsbekämpfung in Afghanistan dabei nach Ansicht des Panels aus 14 für die Studie befragten Experten unverändert mit +2 ab.

Dieses Ergebnis sei deshalb besorgniserregend, weil der historische Vergleich zwar nahelege, dass im Grunde eine ausreichende Anzahl an Erfolgsfaktoren gegeben sei, zugleich aber solche Faktoren, die historisch gesehen mit Scheitern – und somit dem Erfolg der Aufständischen – korrelieren, in Afghanistan derzeit ebenfalls in problematisch hoher Zahl vorhanden seien. Die Studie legt somit nahe, dass der historische Vergleich zurzeit eher ein Scheitern der militärischen Aufstandsbekämpfung durch die afghanische Regierung erwarten lässt – insbesondere weil nach Ansicht der Experten den derzeit noch existierenden Erfolgsfaktoren in Afghanistan mit dem Abzug der internationalen Kräfte die Grundlage entzogen würde.

Die Studie identifiziert zwei zentrale Missstände, die aus Expertensicht für eine am Ende doch noch erfolgreiche Operation adressiert werden müssten: (1) das bisherige Versäumnis, den Aufständischen nachhaltig die Unterstützung zu entziehen; (2) das bisherige Versagen der afghanischen Sicherheitskräfte insbesondere mit Blick auf einen Mangel an Engagement und Motivation. Beide Mängel seien auch 2011 und 2013 bereits beklagt worden. Möglicherweise könnten Verbesserungen an anderen Stellen – die Studie nennt hier beispielsweise die in den letzten Jahren gestiegene Legitimität der afghanischen Sicherheitskräfte – doch noch positive Nebeneffekte zeitigen.

Ausgehend von diesem Ergebnis kommen die Autoren der Studie jedoch zu dem Schluss, dass derzeit eine Verhandlungslösung die besten Aussichten auf nachhaltigen Erfolg habe. Die zukünftigen US-Bemühungen sollten demzufolge darauf gerichtet sein, auf eine solche Lösung zu für die USA günstigen Konditionen hinzuarbeiten, dabei die afghanische Regierung in eine militärisch gestärkte Lage und somit bessere Verhandlungsposition versetzend.

Zur Verhandlungslösung sollten aus Sicht der Autoren auch Bemühungen zur Versöhnung ebenso wie Reformen zählen, die den Taliban Partizipation am politischen Prozess garantieren – nicht zuletzt, um Fehler wie im Irak nicht zu wiederholen und ein Zusammenrücken von innerafghanisch orientierten Taliban mit transnational operierenden Kräften wie dem IS zu verhindern.

[http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research\\_reports/RR1200/RR1273/RAND\\_RR1273.pdf](http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/research_reports/RR1200/RR1273/RAND_RR1273.pdf)

## Westliche Sicherheit

**Stefan Forss, Lauri Kiianlinna, Pertti Inkinen & Heikki**

**Hult:** The Development of Russian Military Policy and Finland. Tampere: National Defence University, Department of Strategic and Defence Studies, Research Reports No 49, 2013

Besprochen von **Leo Bamberger:** non-resident fellow, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel

DOI 10.1515/sirius-2017-0022

Die vorliegende Studie ist zwar fast vier Jahre alt, sie wurde seinerzeit in Berlin und in anderen westlichen Hauptstädten aber kaum gelesen bzw. rezipiert. Ihre Ergebnisse sind weitgehend noch heute aktuell und lassen Schwächen und Versäumnisse westlicher Politik erkennen. Die Verfasser – ein Dozent an der Nationalen Verteidigungsuniversität sowie pensionierte Generäle der drei Teilstreitkräfte – bewerten die Modernisierung und den Neuaufbau der russischen Militärpräsenz in Nordosteuropa. Die kooperative Ordnung, die nach 1990 eingesetzt hat, sehen die Verfasser bereits lange als gescheitert an. Russland sehe sich als Großmacht und untermauere diesen Anspruch zunehmend mit dem Aufbau von militärischen Kapazitäten, die für Nachbarstaaten bedrohlich sind. Die Verfasser kritisieren, dass sowohl in Paris wie in Berlin die strategischen Implikationen dieses Aufbaus nicht verstanden worden sind. Vielmehr betrachteten die beiden Regierungen Russland immer noch als strategischen Partner.

Hauptziel der russischen Militärreform ist nach Einschätzung der Verfasser die Modernisierung auf kleinere, aber effektivere Verbände, die besser verlegbar und vielfältig eingesetzt werden können. Anstelle von schweren Panzerdivisionen liegt das Augenmerk auf mobilen Brigaden mit hoher Feuerkraft. Die alten Militärbezirke sind aufgegeben worden, an ihre Stelle sind vier operativ-strategische Kommandostrukturen teilstreitkraftübergreifender Natur getreten, die auch wieder Militärbezirke genannt werden. Der westliche Militärbezirk entstand aus der Zusammenlegung des alten Leningrader und des Moskauer Militärbezirks. Die Tatsache, dass das Hauptquartier dieses Militärbezirks in Petersburg sitzt, sehen die Verfasser als Indiz dafür an, dass das Zentrum der Gravität der russischen Streitkräfte auf den nordosteuropäischen Ostseeraum und Skandinavien zielt.

Die Verfasser weisen auf das große Beschaffungs- und Munitionierungsprogramm der russischen Streitkräfte hin. Bis 2010 sollen umgerechnet 500 Milliarden Euro für die Beschaffung neuer Waffensysteme aufgewendet werden. Zum ersten Mal seit dem Ende der Sowjetunion sei Russland wieder in die massive Serienproduktion von Waffen-